

AKF hält an evidenzbasierter Krebsnachsorge fest und fordert die gesicherte Honorierung der psychoonkologischen Betreuung

Presseerklärung der Frauenärztinnen im AKF
anlässlich deren Jahrestagung vom 27.-30.4.2006 in Stuttgart

Der AKF (Arbeitskreis Frauengesundheit e.V) hält an einer evidenzbasierten Krebsnachsorge fest. Damit grenzt sich der AKF von Forderungen aus der Selbsthilfebewegung und der Pharmaindustrie nach einer intensivierten, technisierten Nachsorge ab. Es ist ausreichend nachgewiesen und damit evidenzbasiert, dass eine symptomorientierte und zuwendungsintensive Nachsorge Vorteile bringt gegenüber dem routinemäßigen Einsatz apparativer Diagnostik.

Eine onkologische Betreuung mit psychosozialem Schwerpunkt erhöht nachweislich die Lebensqualität der Betroffenen. Dafür ist die Finanzierung sowohl in der Klinik als auch in der Praxis zu sichern. **Der AKF e.V. fordert für jede Krebsbetroffene bei Bedarf die Finanzierung von zehn Stunden psychoonkologischer Intervention** außerhalb der Richtlinien-Psychotherapie und ohne umfangreiche Beantragung. Auch im stationären Bereich muss die für die Zertifizierung der Brustzentren geforderte psychoonkologische Betreuung finanziert werden. Dafür sind zusätzliche Gelder zur Verfügung zu stellen.

Derzeit erfolgt die Versorgung der Patientinnen oft unkoordiniert durch niedergelassene Gynäkolog/innen, Brustzentren, Onkolog/innen und Hausarzt/innen. Das führt häufig zu Doppeluntersuchungen, Ressourcenverschwendung und zur Verunsicherung der Betroffenen. **Die Nachsorge sollte in den Händen der niedergelassenen Gynäkolog/innen bleiben**, die als Lotsen fungieren und bei Notwendigkeit zu Zentren oder zu anderen Fachärzten überweisen. Dies ermöglicht Kontinuität, Klarheit und Sicherheit.

Zur Bewertung innovativer adjuvanter Therapien und zusätzlicher diagnostischer Methoden fordert der AKF e.V. eine **industriunabhängige Forschung**. Durch klare Indikationen für kostenintensive Medikamente und Diagnoseverfahren können sowohl ein Benefit für die Patientin als auch finanzielle Einsparungen erbracht werden.

Der AKF e.V. fordert ein **bundesweites Tumorregister**, um zentrenspezifische Rezidiv- und Überlebensraten zu erkennen. Das DMP (Disease-Management-Programm) Brustkrebs in der bestehenden Form hat für die Betroffenen wenig Nutzen und verursacht gleichzeitig einen hohen Dokumentationsaufwand, es sollte überarbeitet und in bestehende Datenerhebungssysteme integriert werden.

Stuttgart, 30.4.2006

v.i.S.d.P.: Dr. med. Claudia Schumann/ Northeim und Dr. med. Edith Bauer